

Atomkraftwerke abschalten! Atom-Mafia enteignen!

Mit der vorübergehenden Stilllegung einiger besonders alter Atommeiler will sich die Bundesregierung offenkundig über die Landtagswahlen retten. Das bestätigte Minister Brüderle im trauten Kreise des Bundesverbandes der deutschen Industrie.

Mit dem Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie macht sich die schwarz-gelbe Bundesregierung zum Vollstrecker der Interessen der großen Energie-monopole RWE, EON, Vattenfall und EnBW.

Auch die ältesten und unsichersten AKWs sollen länger am Netz bleiben und den Energiekonzernen hohe zusätzliche Gewinne verschaffen.

„Brückentechnologie“?

Während die Katastrophe in Fukushima ihren dramatischen Lauf nimmt, wird hier immer noch von der Atomenergie als einer „Brückentechnologie“ gesprochen. Katastrophen wie in Fukushima und Tschernobyl sind auch hier möglich. Die Gefahren der Kernenergie sind nicht beherrschbar. Und die Betreiber fallen immer wieder durch Vertuschung und Verharmlosung von Störfällen und Katastrophen auf. Jetzt gerade in Japan.

Der Atomdeal wurde der Öffentlichkeit verkauft mit der Aussicht auf zusätzliche Steuereinnahmen durch die Brennelemente- Steuer und die Einzahlungen in den „Öko- Fonds“. Doch die Atom-Konzerne durften sich gegen alle Eventualitäten absichern. So gehen zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen zu Lasten der Einzahlungen in diesen Öko-Fonds.

Die beschlossene Laufzeitverlängerung gibt den Atomkonzernen die Gelegenheit, ihre Aufwendungen für die Entsorgung zurückzustellen und damit weitere Zusatzgewinne einzufahren.

Nach dem Energiekonzept der Bundesregierung wird der jährliche Zubau dezentraler Solar-, Wind- und Biomasseanlagen bis 2020 auf nahezu Null heruntergefahren werden. Der gewinnträchtige Strom aus Kohle- und Atomkraftwerken wird nach der Vorstellung der Bundesregierung allenfalls mit etwas Windenergie ergänzt werden.

Die Entsorgungsfrage bleibt unlösbar!

Wohin mit dem atomaren Müll? Dies ist seit dem

Bekanntwerden eines bevorstehenden Stollen-Einbruchs im „vorläufigen“ atomaren Endlager Asse eine noch offenere Frage als schon in den Jahrzehnten vorher. Der verantwortungslose Umgang der zuständigen Behörden und Regierungsstellen mit wissenschaftlich fundierten Warnungen und Expertisen, die immer wieder auf die Ungeeignetheit der hiesigen ins Auge gefassten atomaren Endlagerstätten hingewiesen haben und der skrupellose Umgang der Atomkraftwerke- Betreiber mit der ungelösten und auch unlösbaren Entsorgungsthematik ist ein Skandal für sich.

Verstärkte Förderung der Alternativenenergien jetzt!

Trotz aller Blockadeversuche der AKW-Betreiberfirmen ist heute schon klar: In Deutschland gehen nicht „die Lichter aus“ und werden nicht „Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet“, wenn die Kernkraftwerke jetzt Zug um Zug endlich abgeschaltet werden. Der Umstieg auf umwelt- und gesundheitsschonende Alternativen zur Kernkraft ist möglich. Dazu gehören energische Maßnahmen zur Energie-Einsparung.

Energiekonzerne enteignen und unter demokratische Kontrolle stellen!

Die Enteignung und Vergesellschaftung der großen Energiekonzerne und die Forderung nach demokratischer Kontrolle über die Energiemonopolisten ist aktuelle Notwendigkeit, wenn es mit dem „Atomstaat BRD“ ein Ende haben soll.

Die Energie-Frage ist auch eine Demokratie-Frage. Eine Energie-Wende muss erkämpft werden gegen die monopolkapitalistischen Strukturen und Machtverhältnisse. Wir brauchen insgesamt einen Politikwechsel zu demokratischem und sozialem Fortschritt.

Bisher setzten sich die verantwortlichen Politiker und die Konzerne aus reinem Gewinnstreben über alle gesundheitlichen und ökologischen Bedenken und Proteste hinweg. Der Druck für eine andere Politik kann und muss erhöht werden.

Feuer einstellen!

Fast auf den Tag genau acht Jahre nach dem Irak-Krieg haben die USA, Frankreich und Großbritannien am 19. März eine neue große Militäraktion in Libyen gestartet - "die größte internationale Militärintervention in der arabischen Welt seit dem Einmarsch der US-Truppen in den Irak 2003" (ARD-Tagesschau, 20.3.).

Hunderte Bomben und Raketen wurden, Tod und Zerstörung bringend, bereits in den ersten Tagen dieser "mehrphasigen Militäroperation" unter dem Codenamen "Odyssey Dawn" ("Morgenröte der Odyssee") von Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen im Mittelmeer auf Libyen abgeschossen.

Den rechtlichen Vorwand dafür lieferte die am 17. März mit zehn gegen fünf Stimmen beschlossene Resolution Nr. 1973 des UNO-Sicherheitsrats. Sie verkündete nicht nur eine "Flugverbotszone", sondern genehmigte auch Militärschläge aus der Luft und von See her. Nur die "Stationierung einer ausländischen Besatzungsmacht" wurde ausgeschlossen. Wie lange noch?

Illegitim

Von Anfang an handelte es sich in Libyen um einen bewaffneten innerstaatlichen Konflikt. Er ist mit der Formel „Einsamer Diktator führt Krieg gegen sein Volk“ nicht erfassbar. Die politischen Ziele der Aufständischen sind bis heute völlig unklar; immerhin agieren sie unter der Fahne der untergegangenen Monarchie. Ihr Widerstand war von Anfang an ein bewaffneter. Das Völkerrecht verbietet die Einmischung in innerstaatliche Konflikte, es sei denn, sie hätten den Charakter eines Völkermordes. Von dem kann in Libyen keine Rede sein. Die militärische Intervention tastet damit Grundnormen des Völkerrechts an: Das Gewaltverbot zwischen Staaten. Der internationalen Willkür und dem Recht des Stärkeren wird nun nach den Kriegen in Jugoslawien, Afghanistan und Irak noch mehr Vorschub geleistet.

Humanitärer Militäreinsatz?

Das Drehbuch ist stets ähnlich. Zuerst kommt die Dämonisierung, dann folgen unbewiesene Schreckensmeldungen und schließlich der Ruf nach „humanitären“ Einsätzen. Ein Blick auf die Folgen derartiger Einsätze im Kosovo, in Afghanistan und im Irak müsste ausreichen, um zu begreifen, dass sich nichts positiv verändert hat sondern Leid und Elend für die

Bevölkerung vergrößert wurden.

Doppelte Standards

Im Jemen und in Bahrain erhalten die Oppositionskräfte keinerlei Unterstützung. Niemand protestiert, wenn sich stockreaktionäre Regime gegenseitig bei der Unterdrückung unterstützen. Deren Beteiligung an den Militäraktionen in Libyen ist sogar ausdrücklich erwünscht.

Vermitteln statt bomben

Wer die Zivilbevölkerung schützen will, muss sich in einem Bürgerkrieg für Verhandlungen und Vermittlungen einsetzen. Sie wurden z. B. von Chavez und der Afrikanischen Union angeboten, doch von den Aufständischen zurückgewiesen. Von den Staaten, die nun ihre Kriegsschiffe und Flugzeuge einsetzen, wurde kein Gedanke daran verschwendet.

Die echten Ziele

Das Ziel der westlichen Militärintervention ist nicht der Schutz der Bevölkerung und die friedliche Regelung des Konflikts, sondern die Errichtung eines anderen politischen Regimes über Libyen. Von ihm erhoffen sich die Interventionsmächte, dass es sich als einheimischer Statthalter für die Öl- und Rohstoffinteressen westlicher Großkonzerne und für die Machtinteressen von USA und EU im Mittelmeer- und Nahostraum noch besser eignet als das Gaddafi-Regime in den letzten Jahren. Ziel ist die Schaffung eines Brückenkopfes in der arabischen Welt, der sich gegen alle Bestrebungen nach mehr nationaler Unabhängigkeit, nach mehr sozialen und demokratischen Rechten richtet.

Wer solidarisch ist mit den Bewegungen nach Demokratie, sozialen Rechten und selbstbestimmter Zukunft, der muss sich gegen den Krieg stellen. Und gegen jede Einmischungen von außen. Der muss der Heuchelei der Bundesregierung entgegentreten, die den Krieg und seine Ziele aktiv unterstützt.

DKP im Internet:
www.dkp-minden.de
www.kommunisten.eu


DKP
Minden

V.i.S.d.P.: Gerd v. d. Ahe, Brahmweg 11, 32427 Minden